

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.
Spinozastraße 23
68165 Mannheim

DDR-Flüchtlinge

Halten Sie es für politisch gewollt, dass die Personengruppe, die maßgeblich zum Zusammenbruch des SED-Regimes beigetragen hat, nach der Herstellung der staatlichen Einheit als einzige Personengruppe moralisch gedemütigt, sozialpolitisch massiv benachteiligt und lebenslänglich ausgegrenzt bleibt?

Es ist ein Skandal, dass die Ansprüche der in die Bundesrepublik ausgereisten DDR-Bürger*innen trotz gegenteiliger Versprechungen aus dem Fremdrechtenrecht gestrichen wurden. Hier wurde viel Vertrauen zerstört. Wir fordern, einen runden Tisch gemeinsam mit den Betroffenen. DIE LINKE setzt sich bereits seit Langem dafür ein, dass die Rentenansprüche ehemaliger DDR-Flüchtlinge weiterhin - wie mit dem Fremdrechtengesetz von 1960 festgeschrieben - so ermittelt werden, als hätten diese Rentner*innen ihr Erwerbsleben in der Bundesrepublik verbracht. Die nachträgliche Änderung im Rahmen des Vereinigungsprozesses von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik lehnt DIE LINKE ab und hat dazu u.a. bereits zahlreiche parlamentarische Initiativen auf den Weg gebracht, zuletzt eine Große Anfrage (Drs. 19/11250 - Antwort der Bundesregierung Drs. 19/16953).

Halten Sie es für politisch korrekt, dass die jeweiligen Koalitionsfraktionen der letzten 2 Bundestage es vermieden haben, den Konflikt in die jeweiligen Koalitionsverträge aufzunehmen, obwohl sie als Oppositionsfraktionen einst Handlungsbedarf erkannt und für eine Konfliktlösung plädiert haben?

Nein.

Kann Ihre Partei gewährleisten, dass der Konflikt "DDR-Altübersiedler und deren vom 12. Bundestag als damaligem Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung" zum Gegenstand von fairen und belastbaren Koalitionsvereinbarungen der 20. Legislaturperiode wird?

Erhält DIE LINKE bei der anstehenden Bundestagswahl ausreichend Stimmen und es bieten sich Koalitionsoptionen, werden wir dieses Thema in etwaigen Koalitionsverhandlungen selbstverständlich auf den Tisch bringen. In jedem Fall wird DIE LINKE auch in der 20. Wahlperiode im Deutschen Bundestag dafür streiten, die im Einigungsprozess hergestellte rentenrechtliche Schlechterstellung von DDR-Übersiedler*innen rückgängig zu machen und das Thema durch parlamentarische Debatten, Anträge und anderes auf der politischen Agenda zu halten.

Was wird Ihre Partei dafür tun, dass der Petitionsausschuss die von UOKG, VOS und IEDF eingereichten Unterlagen unvoreingenommen und sachgerecht prüft und unabhängig von regierungsamtlichen Vorgaben zu einer tragfähigen Beschlussempfehlung zu der Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 gelangt?

Wie bereits in den vergangenen Jahren wird sich DIE LINKE auch in der kommenden Legislaturperiode sowohl öffentlich als auch in den Gremien dafür einsetzen, dass eine parlamentarische Mehrheit die nachträgliche rentenrechtliche Schlechterstellung ehemaliger DDR-Geflüchteter zurücknimmt und die bis 1990 geltende Regelung wieder ins Recht setzt.

Die "politische Entscheidung" der Bundesregierung führt dazu, daß die DDR-Altübersiedler für ihr einst widerständiges Verhalten in der DDR nach deren Beitritt sozialpolitisch bestraft werden. Hält Ihre Partei die daraus resultierende Entwertung der Altersversorgungen für vertretbar oder gar gewollt?

Nein, vertretbar ist eine solche Entwertung keinesfalls und wir verweisen auch noch einmal auf die Antwort zur Frage 1.

Die bisherigen Bundesregierungen haben alle bislang vorgelegten Lösungsvorschläge (Sammelpetition 2012, Anträge Fraktionen, Große Anfrage, aktuelle Stellungnahmen zur Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233) ignoriert und verworfen. Wie wird sich Ihre Partei in der 20. Legislaturperiode dazu verhalten?

Wie bereits in den vergangenen Jahren wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass die nachträgliche rentenrechtliche Schlechterstellung ehemaliger DDR-Geflüchteter zurückgenommen und die bis 1990 geltende Regelung wieder ins Recht gesetzt wird. Dazu gehören Anträge, Anfragen und parlamentarische Debatten ebenso wie individuelle Gespräche mit Abgeordneten und Regierungsvertreterinnen.

Der "Härtefallfonds" soll beitriffsbedingte Defizite bestimmter Berufsgruppen ausgleichen; DDR-Altübersiedler sind Versicherte der BRD, deren DDR-Biografien rückwirkend politisch entwertet werden. Hält Ihre Partei die Verweisung der DDR-Altübersiedler in diesen Fonds für gerechtfertigt?

Die geplante Integration der aus der DDR Ausgereisten, Geflohenen oder Ausgewiesenen in einen gemeinsamen Härtefallfonds mit den jüdischen Kontingentflüchtlingen und den Betroffenen der Rentenüberleitung ist unsinnig und ungerecht - allen drei Gruppen gegenüber. Zwar würde eine solcher Härtefallfonds die ärgste Not auf individueller Ebene lindern, aber ein solcher Härtefallfonds würde nur den Ärmsten der Armen helfen, alle anderen würden leer ausgehen.

Wie beurteilt Ihre Partei folgende Kausalitäten? Flucht und Ausreise - wichtiger Katalysator für Zusammenbruch des SED-Regimes Wiedervereinigung - ehemalige DDR-Flüchtlinge dauerhaft sozialpolitisch bestraft Fiktion: Beitritt der DDR gescheitert - Renten der DDR-Altübersiedler sind gesichert

In der Tat hat die weitreichende Unzufriedenheit vieler Menschen mit der DDR zu vielfältigen Formen des Widerstands geführt. Etliche Menschen sind ausgereist oder geflohen, andere haben Widerstandsgruppen gegründet oder sich ins Private zurückgezogen. Schließlich konnte die DDR-Führung die offenen Proteste, die auch medial weitreichend widergespiegelt wurden, nicht mehr ignorieren. Tatsache ist, dass die Bundesrepublik den aus der DDR Ausgereisten, Geflohenen oder Ausgewiesenen sichere Renten zugesichert hat. Dieses Versprechen ist still und heimlich gebrochen worden. Gleichzeitig wird bei jeglichen Jubiläumsfeiern zur Wiedervereinigung rhetorisch stets der große Mut der DDR-Flüchtlinge gepriesen. Hier herrscht eine unerträgliche Doppelzüngigkeit der regierungstragenden Parteien, gegen die DIE LINKE in den Parlamenten und außerhalb kämpfen wird.